

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KI. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 19. Dezember 1957

Blatt 2627

Wohnungstausch auch im Winter!

=====

19. Dezember (RK) Die neue Nummer des Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers, die soeben erschienen ist, beschäftigt sich in einem einleitenden Absatz mit der Frage, ob ein Wohnungstausch im Winter günstig ist. Erfahrungsgemäß bietet gerade die kalte Jahreszeit die beste Gelegenheit zur Auffindung einer Tauschwohnung.

Der Tauschanzeiger enthält auf 28 Seiten wie immer Wohnungstauschangebote aus sämtlichen Wiener Bezirken, ferner in Spezialrubriken Tauschangebote von Hauswartwohnungen und Angebote aus den Bundesländern. Eine Einschaltung für die nächste Nummer, die am 4. Februar erscheint, kann bis spätestens 23. Jänner im Tauschreferat, 1, Rathausstraße 2, vorgenommen werden.

Der Tauschanzeiger ist in den Wiener Trafiken, in den Bezirksstellen des Wohnungsamtes und im Tauschreferat um 1.50 Schilling erhältlich.

- - -

Ab morgen wieder Durchfahrt durch die Webgasse

=====

19. Dezember (RK) Nach Beendigung der Straßenbauarbeiten wird morgen, Freitag, im 6. Bezirk die Webgasse zwischen Mariahilfer Straße und Gumpendorfer Straße wieder für die Durchfahrt freigegeben.

- - -

Wiener Landesregierung bewilligte neue Förderungsbeiträge
=====Theaterhilfe aus den Mitteln der Vergnügungssteuer

19. Dezember (RK) Je 100.000 Schilling erhalten noch im Dezember die drei Wiener Großbühnen, das Theater in der Josefstadt, das Volkstheater und das Raimundtheater als weitere Subvention aus den Mitteln der Vergnügungssteuer. Die Wiener Landesregierung bewilligte heute auf Antrag von Stadtrat Mandl diese 300.000 Schilling. Ein gleich großer Betrag aus den Mitteln der Vergnügungssteuer ist diesen drei Bühnen bereits im August dieses Jahres ausbezahlt worden. Darüber hinaus erhält bekanntlich jedes dieser drei Theater einen monatlichen Förderungsbeitrag von 60.000 Schilling.

Volkstheater in den Außenbezirken

Wie Stadtrat Mandl in der heutigen Sitzung der Wiener Landesregierung weiter mitteilte, setzt das Volkstheater seine Tätigkeit in den Wiener Außenbezirken auch in der Theatersaison 1957/58 fort. Es wird an 17 Stellen außerhalb des Gürtels und des Donaukanals, zu denen fallweise auch noch Vorstellungen im Franz Domes-Lehrlingsheim kommen, gespielt. Folgende Stücke sind geplant: Heinrich von Kleist "Amphitryon", Tennessee Williams "Glasmagier", Bruno Frank "Sturm im Wasserglas", Gotthold E. Lessing "Emilia Galotti", Augustin Moreto "Donna Diana", Franz Grillparzer "Medea", Arthur Schnitzler "Liebelei", Henrik Ibsen "Nora", George B. Shaw "Die Häuser des Herrn Sartorius", John B. Priestley "Die Conways und die Zeit", Edmund Morris "Die hölzerne Schüssel", Ludwig Anzengruber "Um'kehrte G'freit" und Wilhelm Lichtenberg "Sträfling 501".

Die Vorstellungen des Volkstheaters haben bei der Bevölkerung der Außenbezirke großen Anklang gefunden. Die Eintrittspreise liegen zwischen 4 und 8 Schilling. Es gibt auch Abonnements. Natürlich ist bei diesen billigen Eintrittspreisen das finanzielle Ergebnis nicht kostendeckend. Das Volkstheater ist deshalb an die Gemeinde Wien und an die Arbeiterkammer um Zuschüsse herangetreten. Stadtrat Mandl beantragte, daß dieser Bitte entsprochen wird, worauf die Wiener Landesregierung einen Förderungs-

beitrag von 200.000 Schilling bewilligte.

Subvention für Länderbühne und Volksliedwerk

Außerdem genehmigte die Wiener Landesregierung 4.000 Schilling für die Österreichische Länderbühne, die unter anderem für die Zöglinge der Erziehungsanstalt Eggenburg spielt und im kommenden Jahr Molières "Der eingebildete Kranke" und Goldonis "Diener zweier Herren" aufführen wird.

Das Österreichische Volksliedwerk, das sich vor allem mit der Sammlung von Volksliedern und der Volksmusik beschäftigt, erhält 3.000 Schilling.

- - -

Diplomfeier im Krankenhaus Lainz
=====

19. Dezember (RK) Gestern abend fand im Krankenhaus Lainz die Diplomierungsfeier für 40 junge Schwesternschülerinnen statt. Bei der Feier waren Vizebürgermeister Weinberger und Stadtrat Riemer anwesend.

Nach der Begrüßung durch den Direktor, Dozent Dr. Schneiderbauer, verwies Stadtrat Riemer in seiner Ansprache auf die Bemühungen der Stadtverwaltung, die materiellen Verhältnisse der Schülerinnen aber auch der diplomierten Schwestern zu verbessern.

Vizebürgermeister Weinberger überreichte den jungen Mädchen die Diplome. Mit besonderer Genugtuung vermerkte er, daß 22 von ihnen die Prüfung mit Auszeichnung und fast alle übrigen mit gutem Erfolg ablegen konnten. Der Vizebürgermeister verwies auch im Hinblick auf die nahen Weihnachtsfeiertage auf die symbolische Bedeutung des Christfestes für die Schwestern, die ihren Beruf nur dann wirklich erfüllen können, wenn sie die Weihnachtsbotschaft von der Liebe verwirklichen helfen.

- - -

Musikveranstaltungen in der Zeit vom 23. Dezember bis 12. Jänner

19. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 23. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Orchesterkonzert; n.ö. Tonkünstler- orchester, Sängerknaben vom Wiener- wald, Traude Skladal (Sopran), Diri- gent Karl Etti (Weihnachtsmusik von Corelli, Mozart, Reger, Nicolai, Humperdinck, Keldorfer, Marx, Vier- dank)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Wiederholung des 2. Konzertes im Zyklus IV der KHG; Wr. Symphoniker, Wr. Singakademie, Dirigent Torin Maazel (Haydn: "Die Jahreszeiten")
Mittwoch 25. Dez.	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: Liederabend Irmgard Seefried, am Flügel Erik Werba (Weihnachtslieder von Wolf, Schubert, Reger, Kienzl, Marx, Hindemith, Cornelius)
Freitag 27. Dez.	Mozartsaal (KH) 19.30	Konzertvereinigung blinder Künstler: Solistenkonzert
Samstag 28. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Orchesterkonzert; n.ö. Tonkünstler- orchester, Walter Groppenberger (Kla- vier), Dirigent Hans Swarowsky (Wald- stein: Ouverture d-moll; Mozart: Klavierkonzert; Brahms: 2. Symphonie)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: Klavierabend Jörg Demus (Berg, Reger, Janacek, Ravel, Schmidt, Debussy)
Sonntag 29. Dez.	Kammersaal (MV) 16.00	Weihnachtskonzert blinder Künstler
	Gr.K.H.Saal 16.00	Konzert der Deutschmeisterkapelle, Dirigent Julius Hermann
	Gr.K.H.Saal 19.30	Konzert der Deutschmeiderkapelle, Dirigent Julius Hermann
	Schubertsaal (KH) 19.00	Bachgemeinde Wien: Weihnachtliche Hausmusik
Dienstag 31. Dez.	Gr.M.V.Saal 20.00	Wiener Philharmoniker: Silvesterkonzert, Dirigent Willy Bos- kowsky (Johann und Josef Strauß)
	Rathausplatz 18.00	Kulturamt der Stadt Wien: Silvester-Turmblasen des Trompeter- chores der Stadt Wien, Leitung Josef Hadraba

Mittwoch 1. Jän.	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Philharmoniker: Neujahrskonzert, Dirigent Willy Bos- kowsky (Johann und Josef Strauß)
Donnerstag 2. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreich: Voraufführung des 3. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM; Dirigent Joseph Krips
	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Musikvereins-Quartett, 2. Abend (Beethoven, Mendelssohn, Pfitzner)
Freitag 3. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Österr. Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 3. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM; Dirigent Joseph Krips
	Brahmssaal (MV) 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Musikvereins-Quartett, 2. Abend (Wiederholung vom 2. Jänner)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: Boccherini-Quintett (Boccherini: Quintette op.18/6 und op.13/3; Schubert: Quintett op. 163)
Samstag 4. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert im Zyklus "Die große Sym- phonie"; Wr. Symphoniker, Wolfgang Schneiderhan (Violine), Dirigent Joseph Krips (Brahms: 3. Symphonie; Martin: Violinkonzert; R. Strauss: Till Eulenspiegel)
Sonntag 5. Jän.	Gr.M.V.Saal 16.00	N.O. Tonkünstlerorchester: Orchesterkonzert; Gustav Swoboda (Violine), Dirigent Dr. Gustav Kos- lik (Mendelssohn: Schottische Sym- phonie; Mozart: Violinkonzert A-dur; Tschaiakowsky: 4. Symphonie)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert im Zyklus "Die große Sym- phonie"; Dirigent Joseph Krips
	Radio Wien Gr. Sendesaal 11.00	Österr. Rundfunk - Radio Wien: Chor-Orchesterkonzert; Gr. Wr. Rund- funkorchester, Chor von Radio Wien, Friederike Sailer (Sopran), Otto Wiener (Baß), Dirigent Miltiades Caridis (Reutter: "Der große Kalen- der", Oratorium)
Montag 6. Jän.	Gr.L.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Wiederholung des 3. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM; Dirigent Joseph Krips

Montag 6. Jän.	Gr.K.H.Saal 19.30	Österreichischer Sängerbund: Neujahrskonzert
	Mozartsaal (KH) 19.30	Bachgemeinde Wien: Konzert
Dienstag 7. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Kulturamt - Theater der Jugend: Orchesterkonzert für Berufsschüler; Wr. Symphoniker, Kari Nurmela (Bari- ton), Edwin Werner (Violine), Diri- gent Hans Swarowsky (Mozart, Rossini, Bizet, Mendelsssohn, Tschaikowsky, Rimsky-Korssakow)
	Gr.K.H.Saal 18.00	Musikalische Jugend Österreichs: Jazzkonzert "Modern Jazz Quartett"
	Gr.K.H.Saal 20.30	Musikalische Jugend Österreichs: Jazzkonzert "Modern Jazz Quartett"
Mittwoch 8. Jän.	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Klavierabend Eugen Liszt (Bach, Schubert, Brahms, Ravel)
	Gr.K.H.Saal 15.00	Theater der Jugend: Rossini "Der Barbier von Sevilla"
Donnerstag 9. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Violinabend Vasa Prihoda, am Flügel Michael Karin (Bach, Paganini, Sme- tana, Prikofieff, C.Franck)
	Gr.K.H.Saal 15.00	Theater der Jugend: Rossini "Der Barbier von Sevilla"
	Gr.K.H.Saal 19.30	3. Konzert im Zyklus V Wr. Sympho- niker, Jacques Klein (Klavier), Jazz- orchester Fatty George, Dirigent Hans Swarowsky (Berger: Symphonique Chronique; Fortner: Mouvements für Klavier und Orchester; Krenek: Sym- phonie "Pallas Athene"; Henze: Bal- lett-Suite "Maratona")
Freitag 10. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Philharmonia Hungarica: Balint Vazsonyi (Klavier), Dirigent Volkmar Andreae (Bach: Symphonie B- dur; Beethoven: Klavierkonzert C-dur und 7. Symphonie A-dur)
Samstag 11. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des a.o. Konzertes der GdM "Festival-Strings Luzern"
	Kammersaal (MV) 19.30	Kompositionsabend Joseph Laska
Sonntag 12. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: a.o. Konzert "Festival-Strings Luzern"; Wolfgang Schneiderhan und Rudolf Baumgartner (Violine), Diri- gent Wolfgang Schneiderhan (Vivaldi, Bach, Purcell, Hindemith)

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus

Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen

19. Dezember (RK) Heute um 9 Uhr hat der Wiener Gemeinderat unter Vorsitz von Bürgermeister Jonas die Beratungen über den Vorschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1958 mit den Ansätzen der Geschäftsgruppe IX: Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen fortgesetzt.

Der Berichterstatter, Stadtrat Glaserer, geht von dem im Dezember 1956 vom Nationalrat beschlossenen Neuvermietungsgesetz aus, das die Tätigkeit des Wohnungsamtes im ablaufenden Jahr kennzeichnet. Alle Wohnungssuchenden mußten neu vorgemerkt werden. Bis 30. November dieses Jahres sind auf Grund dieses Gesetzes nicht weniger als 58.439 Anträge auf Vormerkung gestellt worden. Hievon wurden 36.052 vorgemerkt, 14.304 Anträge mußten, weil die gesetzlichen Bedingungen dafür nicht gegeben waren, abgelehnt werden, 8.083 sind noch in Bearbeitung. Da zusätzliches Personal kaum zur Verfügung stand, bedeutete dies eine ganz große Belastung, vor allem für die Bezirksstellen des Wohnungsamtes.

Im Jänner allein wurden mehr als 20.000 Anträge eingebracht. Daß es trotz dieses gewaltigen Ansturmes an den Parteientagen nicht zu größeren Zwischenfällen kam, stellt den Bediensteten der Bezirksstellen das beste Zeugnis aus. Der Akteneinlauf stieg gegenüber dem Vorjahr um 87 Prozent und der Auslauf um 51 Prozent.

Wie hat sich nun dieses Neuvermietungsgesetz ausgewirkt? Bis Ende November sind von den Hauseigentümern 7.358 Leermeldungen eingebracht worden, bedeutend weniger als in den vorangegangenen Jahren. Bemerkenswert ist, daß zu Beginn des Jahres solche Anzeigen nur sehr zögernd eingelangt sind. Erst eine größere Anzahl von Strafanträgen, die an die hierfür zuständigen Magistratischen Bezirksämter gestellt wurden, verbesserte diesen Zustand.

Das Gesetz schreibt den Gemeinde **zwingend** vor, jeden Wohnungsbedürftigen in Vormerkung zu nehmen. Aus diesem gesetzlichen Recht auf Vormerkung leitet der Wohnungssuchende auch das Recht ab, von der vormerkenden Stelle, also von der Gemeinde, eine Wohnung zugewiesen zu bekommen. Das ist eine schwere Belastung aller Gemeinden, die solche Vormerkungen vorzunehmen haben, also Gemein-

den mit mehr als 3.000 Einwohnern, ganz besonders aber für Wien.

Wohnungsablösen werden kleiner

Das Gesetz hat aber auch positive Seiten. Es zwingt die Hauseigentümer, bzw. deren Verwalter, die Bewerber für die freigewordenen Wohnungen nur aus dem Kreis der Vorgemerkten zu nehmen, schränkt also den in Frage kommenden Personenkreis wesentlich ein. Außerdem muß die Vermietung innerhalb von drei Wochen nach Freiverden der Wohnung erfolgen.

Beide Bestimmungen, der eingeschränkte Personenkreis und die dreiwöchige Vermietungsfrist haben zur Folge gehabt, daß die geforderten Ablösesummen doch eine, wenn auch nur leichtsinkende Tendenz aufweisen.

Das endgültige Ergebnis der Vormerkungen kann natürlich heute noch nicht vorliegen. Sicher aber werden wir Ende des Jahres mehr als 10.000 sehr dringende Fälle unter den zu erwartenden rund 45.000 Vormerkungen haben. Ein verhältnismäßig kleiner Teil davon echte Wohnungsnot - ein großer Teil Wohnungselend.

In diesem Zusammenhang halte ich es auch für notwendig, erörtert der Berichterstatter die Frage, ob es eine echte Wohnungsnot gibt und warum es eine solche gibt. Er verweist auf eine in der Regel kaum beachtete Tatsache, nämlich auf die Wanderbewegung Bundesländer - Wien, dieses für die Stadt Wien so wichtige Problem der Zu- und Abwanderung.

Vom Jänner bis einschließlich November sind nicht weniger als 77.683 Personen aus den Bundesländern nach Wien zugezogen. In gleichen Zeitraum sind 62.303 Personen von Wien abgewandert - es sind also um mehr als 15.000 mehr nach Wien gekommen, als abwanderten. Dabei ist 1957 ein schwaches Wanderjahr. In den drei vorhergegangenen Jahren, 1954, 1955 und 1956, betrug der Überschuß aus Zu- und Abwanderung 65.636 Personen.

Unsere Stadt braucht diesen Zuzug. Man darf nur nicht übersehen, daß hier eine Hauptursache unserer echten Wohnungsnot liegt und eine der Ursachen, warum Elendsquartiere immer wieder bezogen werden. Wobei Wohnungselend - wenn man von der Kellerwohnung absieht - ein Begriff ist, der nicht ganz leicht zu definieren ist.

Die typischen Wiener Mietzinswohnungen seien charakteristisch für unsere Stadt. Diese waren schon bei ihrem Entstehen nicht als entsprechend, eher als schlecht zu bezeichnen. Mit zunehmendem Alter werden sie natürlich immer schlechter. Je mehr nun gesunder und moderner Wohnraum in unserer Stadt entsteht, umso mehr müssen diese typischen Mietzinswohnungen den Stempel von Elendsquartieren erhalten.

Der Berichterstatter verweist auch noch auf eine Folge dieser Wanderbewegung: In der innegehabten Wohnung bleibt oft nur eine Person zurück; also eine weitere Vermehrung der großen Zahl von unterbelegten Wohnungen.

Daraus ergibt sich auch, daß alle Berechnungen über den durchschnittlichen Wohnungsbelag zwar rechnerisch stimmen, aber kein richtiges Bild ergeben. Der Belag ist, durch viele Umstände bedingt, ja nicht annähernd gleichmäßig verteilt.

Kraß unterbelegte Wohnungen stehen ebenso viele überbelegte gegenüber.

In Gemeindeneubauten, die erstmalig bezogen wurden, in Zwischenkriegsbauten, sowie in Althäusern der Stadt Wien wurden bis Ende November 8.253 Wohnungen vergeben. In diesen wurden 660 Familien aus einsturzgefährdeten Wohnungen, 1.095 obdachlose Familien, die in den städtischen Herbergen oder in sonstigen Notunterkünften untergebracht waren, sowie 898 vor der Delogierung stehende Familien untergebracht. Dazu kamen noch 1.369 Mieter von Objekten, die für geplante Bauvorhaben der Gemeinde Wien oder anderer Körperschaften freigemacht werden mußten und 97 Tbc-Fälle. Insgesamt: 4.119 Fälle, die als sehr dringende Fälle bezeichnet werden müssen.

2.653 Familien wurden aus gesundheitsschädlichen und überbelegten Wohnungen herausgenommen. Dazu kamen noch 1.481 Fälle, die wohl nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprachen und daher nicht vorgemerkt werden konnten. Wir haben uns aber dennoch bemüht, da soziale Notstände bestanden oder schwere Erkrankungen nachgewiesen werden konnten, zu helfen. Darunter waren auch viele alte Hausbesorgerehepaare.

Stadtrat Glaserer beschäftigte sich dann mit dem Problem der Unterbringung der alten und bresthafte Hauswarte in den Privathäusern. Er erinnert daran, daß auch Gemeinderätin Hiltl

als Debatterednerin vor einem Jahr die Hauseigentümer gebeten hatte, in den eigenen Häusern den altgewordenen und immer noch pflichttreuen Hausbesorgern zu helfen. Leider hat aber auch dieser Appell nur geringen Widerhall gefunden.

In diese Wohnungen wurden eingewiesen: 730 Bundesangestellte, 726 Gemeindeangestellte, 1.128 Pensionisten und Rentner, 4.288 Arbeiter in der Privatwirtschaft, 974 Angestellte der Privatwirtschaft und 407 freie und selbständige Berufe. Das ergibt zusammen 8.253 Familien.

Die Magistratsabteilung 52 verwaltet derzeit über 1.500 Gebäude mit rund 125.000 Mietobjekten, Allein durch den städtischen Wohnhausbau sind heuer 4.328 Mietobjekte neu dazugekommen. Darunter ist auch das Wohnhochhaus am Matzleinsdorfer Platz, das 110 modern ausgestattete Wohnungen umfaßt, die den Anforderungen neuzeitlicher Wohntechnik und Wohnkultur entsprechen. Es ist selbstverständlich, daß für diesen Bau die Mietzinsbildung anders als in den sozialen Wohnhausbauten erfolgen mußte. Trotzdem wurde auch hier ein Mietzins errechnet, der nicht gewinnbringend, sondern nur voll kostendeckend ist, allerdings ohne Abschreibung des Bauaufwandes. Es haben sich um achtmal mehr Leute für das Hochhaus beworben als dieses Wohnungen hat.

In diesen Tagen werden auch die ersten Wohnungen, die die Gemeinde Wien aus den Fondsmitteln des Wohnbauförderungsgesetzes errichtet, das im Jahre 1954 im Nationalrat beschlossen wurde, übergeben werden. In diesen Bauten wird ein Mietzins eingehoben werden, wie er bei den Genossenschaftsbauten üblich ist. Bei der Besiedlung dieser Wohnungen wird es möglich sein, bei Einweisungen etwas großzügiger vorzugehen und nicht streng nach der Kopffzahl zu rechnen. Es soll damit vor allem versucht werden, den akademischen Berufen zu helfen, denen ein zusätzlicher Arbeitsraum zuerkannt werden muß und denen zumeist auch die Bezahlung eines höheren Mietzinses zugemutet werden kann.

In Verwaltung der Magistratsabteilung 52 stehen auch die Waschküchen der städtischen Wohnhausanlagen. Seit dem Jahre 1952 wird bei allen Neubauten die Kleinwaschküche maschinell ausgestattet. Im Laufe des heurigen Jahres wurde nun damit begonnen, die übrigen Waschküchen nachträglich maschinell einzurichten.

Es wurden versuchsweise verschiedene Typen aufgestellt und die Hausfrauen sollen selbst urteilen, welcher Typ zu bevorzugen ist. Die dadurch gesammelten Erfahrungen sollen für die künftige maschinelle Ausstattung der Waschküchen maßgebend sein. Es wurden für diesen Zweck 5 Millionen Schilling ins Budget eingesetzt. Sorgen bereiten die vor dreißig Jahren errichteten Zentralwaschküchen, die heute schon vielfach unmodern sind und nicht die billigste Art des Wäschewaschens darstellen. Die eingehobenen Waschgebühren decken nicht mehr die Kosten der Instandhaltung und des Betriebes. An der Lösung dieses Problems wird jedoch gearbeitet.

Die Stadt Wien besitzt auch ungefähr 700 Althäuser, die durch ihre verschiedenartige bauliche Gestaltung die Verwaltung oft vor schwierigeren Aufgaben stellen, als die Neubauten. Mit einer Verminderung der Zahl der städtischen Althäuser ist in den nächsten Jahren nicht zu rechnen, ja es ist sogar wahrscheinlich, daß die Zahl solcher Althäuser vorübergehend noch steigen wird, da die Stadt Wien laufend Althäuser von Privaten für Zwecke der Assaniierung ankauft.

Im Voranschlag erscheint der Abgang bei der städtischen Wohnhäuserverwaltung größer, als in den Vorjahren, obwohl der Nachholbedarf an den Zwischenkriegsbauten im großen und ganzen heuer abgeschlossen wurde. Ursache dieses größeren Abganges ist, daß für 1958 kein außerordentliches Budget erstellt wurde. Die bisher im außerordentlichen Budget untergebrachten Posten, betreffend den Wohnhaus-Wiederaufbau, sind nun in den Voranschlag der Magistratsabteilung 52 eingebaut worden.

Durch die Schaffung des Wohnbauflrderungsgesetzes entstanden auch der Siedlungsgruppe zusätzliche Aufgaben, da fast alle gemeinnützigen Genossenschaften sowie eine große Anzahl von Privaten, das Baurecht auf gemeindeeigenen Grundflächen anstreben. Für diese Zwecke wurden heuer 74.000 Quadratmeter Baugrund zur Verfügung gestellt.

6 Millionen Quadratmeter Grund für Kleingärtner

Trotz Freimachung namhafter Flächen für Zwecke des städtischen und genossenschaftlichen Wohnbauprogramms stellt die Stadt Wien für Kleingartenzwecke heute 6,031.000 Quadratmeter zur Verfügung. Das sind im Vergleich zum Vorjahr um 36.000 Quadratmeter mehr.

Beim Ernteland ist ein leichter Rückgang von 1,3 auf 1,1 Millionen Quadratmeter eingetreten. Sowohl auf dem Gebiete des Kleingarten- als auch Erntelandwesens stellt die Freimachung von Flächen für Zwecke des Wohnungsbaues eine nur unter den schwierigsten Bedingungen und Verhältnissen abzuwickelnde Tätigkeit dar, die eine Umsomme Kleinarbeit in sich schließt. Auf dem Gebiete des Kleingartenwesens verdient weiters die Bearbeitung und Behandlung des Entwurfes zur Schaffung eines Kleingartengesetzes für Wien im Einvernehmen und in gegenseitiger Abstimmung mit dem bundesgesetzlichen Entwürfe beim Bundesministerium für soziale Verwaltung hervorgehoben zu werden.

Zur Fertigstellung von im Bau steckengebliebenen Siedlungshäusern sowie für Gemeinschaftsarbeiten für Siedler und Kleingärtner stehen auch heuer wieder 600.000 Schilling im Budget. Diese werden zu gleichen Teilen auf Siedler und Kleingärtner aufgestellt.

Die Amtshäuserverwaltung verwaltet derzeit 118 Objekte, davon 111 in Wien.

NS-Möbel-Problem in der Endphase

Eine schwere und undankbare Aufgabe obliegt der Magistratsabteilung 52 mit der Verwaltung der sogenannten NS-Möbel. Glücklicherweise ist man nun bei der Endphase dieses Problems angelangt. Bis zum Ablauf der Einreichungsfrist sind von 6.000 ursprünglichen Möbelbesitzern rund 4.000 Anträge auf Neubegründung des Eigentums eingebracht worden. Für bedürftige Möbelbenützer, die auf Grund des Amnestiegesetzes die Möbel zurückstellen müssen, werden unverzinsliche Darlehen bis zum Höchstbetrag von 15.000 Schilling und auf die Dauer von zehn Jahren zum Ankauf von Möbeln gewährt. Die Stadt Wien hat hier einen Betrag von 50 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Es ist zu hoffen, daß bis Ende März 1958 alle eingebrachten Anträge auf Neubegründung des Eigentums erledigt sein werden.

./.

Klar ist noch nicht, was mit nicht zurückgeforderten Möbeln geschehen soll. Es werden verschiedene Vorschläge in dieser Angelegenheit überprüft. Es wird aber sicher ein Weg gefunden werden, damit diese Möbel dem zu berücksichtigenden bedürftigen Personenkreis auf dauernd zugeführt werden können. Verschiedene Vorschläge werden noch überprüft. Erst wenn auch die zuletzt besprochenen Möbel dem zugedachten Personenkreis übergeben werden können, ist der Schlußpunkt in der Möbelliquidation gesetzt.

Stadtrat Glaserer dankt abschließend allen Mitgliedern seines Gemeinderatsausschusses für die gute und loyale Zusammenarbeit während des ganzen Jahres und auch allen Bediensteten seiner Geschäftsgruppe, die gerade in diesem Jahr weit mehr als ihre Pflicht getan haben.

Die Wohnungsdebatte

Als erster Debatteredner erklärte GR. Hausner (VO), die kommunistische Voraussage, daß das Wohnungsvermietungsgesetz für die Wohnungswirtschaft und für die Wohnungslosen verheerende Folgen haben werde, habe sich leider als vollkommen gerechtfertigt erwiesen. Alle Versprechungen, die man seinerzeit bei Beschlußfassung dieses Gesetzes gab, seien in nichts zerflossen. Die Wohnungsablösen seien nicht gesunken, dagegen habe sich die Zahl der privat vergebenen Wohnungen um ein Drittel vermindert, denn die Hausherren lassen die Wohnungen lieber leerstehen und warten, bis ein zahlungskräftiger Kunde komme. Daß das Wohnungsamt mit seinem Fünfvorschlag dem Hausherrn noch die Kunden liefern müsse, aus denen sich dieser die dickste Briefftasche aussuchen könne, stelle einen öffentlichen Skandal dar. Notwendig wäre es, den Gemeinden wieder das Recht der Anforderung von Wohnungen zurückzugeben.

Man sollte endlich dem Unfug Einhalt gebieten, daß zwar der übergroße Teil der Bombengeschädigten noch immer auf eine Wohnung warten muß, während die Generaldirektoren und andere Kreise, die durch den Krieg keinen Schaden erlitten haben, sich in der City unserer Stadt aus dem Geld der Steuerträger Großwohnungen errichten lassen, weil der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds den Wohnungseigentümern Geschenke mache. Baugenossenschaften erhalten keinen solchen Kredit ohne Verzinsung und auf 75 Jahre, im Genossenschaftsbau müssen vielmehr heute schon Mietzinse bis zu 6 und 7 S pro

Quadratmeter berechnet werden, was etwa einem Viertel des Monatseinkommens entspricht.

Der berüchtigte § 7 des Mietengesetzes sollte helfen, daß auch die Mieter in älteren Häusern wieder zu schöneren Wohnungen kommen. Tatsächlich werden aber, wie der Redner erklärte, am laufenden Band durch Abmachungen zwischen Hauseigentümer und ausführendem Geschäftsmann, der viel zu hohe Kostenvoranschläge einreicht, die Mieter ums Ohr gehauen, und sie werden zu Zinsen verpflichtet, die in keinem Verhältnis zu dem Komfort in diesen alten Häusern stehen.

Die Mehrheit der Wiener Bevölkerung sind Mieter, sagte GR. Hausner, und wir wären schlechte Vertreter der Mieter, wenn wir zugunsten der Hausherren nachgeben würden. Der von der ÖVP geforderten Generalbereinigung des Mietenproblems zugunsten der Hausherren muß man den Plan einer Generalbereinigung vom Gesichtspunkt der Mieter gegenüberstellen. Der Redner forderte in diesem Sinne eine wesentliche Verstärkung des sozialen Wohnungsbaues durch größere Bundeszuschüsse, die Wiederherstellung des Wohnungsanforderungsrechtes und des Mieterschutzes für alle Mieter, eine gerechte Vergebung der verfügbaren Wohnungen unter öffentlicher Kontrolle, ein Räumungsschutzgesetz, das Verbot von Zinserhöhungen, die Schaffung eines zentralen Reparaturfonds und die Beseitigung des unsozialen § 7 des Mietengesetzes.

Dem Wohnungsamt, das die Aufgabe hätte, allen zu helfen, die in Not sind, werde immer wieder der Vorwurf der Parteiprotektion gemacht. Man sollte mehr Wert darauf legen, den Wünschen auf Wohnungswechsel nachzukommen und die Bombengeschädigten stärker berücksichtigen. Weiter müßte man trachten, das Obdachlosenheim in Mauerbach endlich in den Wiener Bereich zu verlegen. In den Zentralwaschküchen beklagen sich die Parteien darüber, daß sie die Beiträge auch dann zahlen müssen, wenn sie diese Einrichtung nicht benutzen. Einem Wunsch der Bevölkerung entsprechend sollte man am Karl Marx-Hof wieder eine Februargedenktafel anbringen.

Da die gesamte Wohnungspolitik nach wie vor nicht befriedigt, werde die kommunistische Fraktion den Ansätzen dieser Verwaltungsgruppe nicht die Zustimmung geben.

Als zweiter Debatteredner ergreift GR. Wohlmuth (ÖVP) das Wort. Er bezeichnet die Lösung der Wohnungsfrage als eine der vordringlichsten Aufgabe der Stadtverwaltung, die ohne Rücksicht auf politische Momente durchgeführt werden müßte. Die Bevölkerung habe gewiß Verständnis für die Wohnraummot, sie verlange aber zugleich die Gewähr dafür, daß nur wirkliche Notstandsfälle berücksichtigt werden. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Frage von überbelegten Wohnungen, die in den einzelnen Bundesländern verschieden behandelt werde. Er bekennt sich zum Grundsatz, daß Wohnungswerber, die zur Errichtung von Wohnungen selbst beitragen können, dies tun sollen, und daß der soziale Wohnungsbau ausschließlich Bedürftigen zugute kommen soll. Unter Beifall seiner Fraktion stellt er fest, daß durch den Gedanken des Wohnungseigentums viele tausende Menschen zu Wohnungen gekommen sind.

Zu einem Zwischenruf über die Handhabung des Wiederaufbaufonds verweist er auf die gestrige Erklärung des Bundesministers Dr. Bock im Parlament, in der festgestellt wurde, daß die Wohnhaus-Wiederaufbaukommission mit Ausnahme von vier Fällen alle Ansuchen positiv erledigt hat und dies auch mit der Zustimmung der Sozialisten (Heftige Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP - Der Vorsitzende ruft zur Ordnung).

Der Redner setzte sich dann mit der Auffassung auseinander, daß beim Wohnungseigentumsbau Geschenke verteilt werden. Er meint, es sei doch allgemein bekannt, daß die Wohnungswerber für die Grundstückskosten aufkommen und auch die Baudarlehen zurückzahlen müssen. In die Gemeindewohnungen werden dagegen auch Leute eingewiesen, die durchaus in der Lage wären, sich eine Wohnung kaufen zu können. Zu Bekräftigung dieser Behauptung zitiert er aus einer Zeitung einen anonymen Leserbrief, in dem es heißt, daß sich unter den motorisierten Mietern der Gemeindewohnungen auch Besitzer von Mercedes-Jagen befinden.

Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen bittet er den Stadtrat, sich besonders der in den Auhof eingewiesenen Obdachlosen anzunehmen und meint, man sollte bei Wohnungsvergebungen jene Familien berücksichtigen, die in diesem Lager schon längere Zeit

verbracht haben. In Einzelräume sollte man nicht zwei Personen einweisen und schon gar nicht junge Ehepaare, bei denen mit dem ersten Kind die Wohnungssorgen von Neuem beginnen. Wenn schon zwei Personen in einem Einzelraum der Type B 1 eingewiesen werden, dann sollten es ältere Ehepaare sein. Auch die Type D 6 sollte nicht ausschließlich nur an sechsköpfige Familien vergeben werden; er regt an, daß man auch schon Familien mit 5 Personen berücksichtigen sollte. Was die alten Hausbesorgerehepaare betrifft, die ihre Arbeit nicht mehr leisten können, empfiehlt er, sie mögen in städtische Wohnhaubauten, und zwar am besten in Anlagen für alte Menschen kommen.

Er verweist dann darauf, daß klein Gewerbetreibende nach Häuserabbrüchen nicht nur ihre Wohnungen, sondern vielfach auch ihre Existenz verlieren und spricht sich daher dafür aus, daß diese Leute bei der Wohnungsvergebung im sozialen Wohnungsbau entsprechend berücksichtigt werden. Abschließend stellt er fest, daß die Mehrheitspartei des Gemeinderates seit vier Jahrzehnten auf dem Wohnungssektor Politik betreibt. Heute lesen wir in ihrem Parteiprogramm, sagte er, daß die Wohnungsfrage ungelöst geblieben ist und daß sich diese Partei zum Wohnungseigentum bekennt.

Seine Fraktion wird den Ansätzen der Geschäftsgruppe IX zustimmen.

GR. Windisch (SPÖ) stellt fest, daß das Neuvermietungsgesetz keinen Ersatz für das abgelaufene Wohnungsanforderungsgesetz darstellt. Mit Hilfe des Wohnungsanforderungsgesetzes war es gelungen in zehn Jahren hunderttausend Wohnungen in Privathäusern zuzuweisen und die Mieter brauchten keine Ablöse zu zahlen. Seit dem Neuvermietungsgesetz konnten in einem Jahr nur tausend Wohnungen über das Wohnungsamt zugewiesen werden.

Unsere Sorge gilt jenen Menschen, so betonte der Redner, die nicht in der Lage sind für eine Wohnung zu bezahlen, aber auch ein Anrecht darauf haben, zu einem Heim zu kommen (Beifall bei der SPÖ).

GR. Wohlmuth hat an der Art der Zuweisung Kritik geübt ohne sich konkret zu äußern. Der Redner stellte die konkrete Frage, wer von den Zugewiesenen bevorzugt behandelt werden soll.

GR. Windisch kritisiert, daß die Hausbesitzer vielfach Wohnungen lange Zeit leerstehen lassen. Dies sei mit ein Grund dafür, daß viele Wohnungssuchende nicht untergebracht werden konnten.

Gemeinderätin Dr. Stürzer hat behauptet, daß die Erhaltung und Verwaltung der städtischen Wohnhäuser auf Kosten der Steuergelder geht. Dies sei nicht richtig. Für 1958 sind an Einnahmen aus Mietzinsen 72 Millionen vorgesehen, für Erhaltung und Verwaltung aber nur 57 Millionen im Voranschlag.

Besonders hebt der Redner hervor, daß die Gemeinde Wien seit den zwanziger Jahren mehr als 5 Millionen Quadratmeter Boden im Baurecht vergeben hat. Dies trug entscheidend dazu bei, daß in Wien soviel auf genossenschaftlichem Sektor gebaut werden konnte.

Es freue ihn auch, daß mit GR. Dr. Frutscher sich zum erstenmal ein ÖVP-Angehöriger für die Schaffung eines modernen Grund- und Bodenbeschaffungsgesetzes ausgesprochen hat.

Eine segensreiche Einrichtung ist die Modernisierung der städtischen Waschküchen. Bis Ende 1957 werden 351 Waschmaschinen aufgestellt sein und für 1958 sind die Mittel für 400 Maschinen vorgesehen. Dabei ist besonders hervorzuheben, daß es sich um österreichische Erzeugnisse handelt.

Den Beamten des Wohnungsamtes wurde der Vorwurf gemacht, daß ihre Haltung gegenüber den Vorsprechenden nicht immer richtig sei. Er müsse feststellen, daß sich hier in diesem Jahr einiges geändert hat und sich im großen und ganzen die Beamten bemühen, möglichst freundlich und menschlich zu sein.

Unter dem Beifall seiner Fraktionskollegen bemerkt der Redner zur Frage der Ausgebombten: Wenn alle die vielen tausende Wohnungen, die in den letzten Jahren mit Hilfe des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds errichtet wurden, an Stelle im Wohnungseigentum an die Ausgebombten vergeben wären, dann gäbe es wahrscheinlich keine Ausgebombten mehr in Untermiete.

Der Redner begrüßt auch die Mitteilung von Stadtrat Thaller, daß die Durchschnittsgröße der Gemeindewohnungen von 49 auf 54 Quadratmeter erhöht wird. Aber eine größere Wohnung kostet natürlich auch mehr Miete. Es wird daher auch in Hinkunft notwendig sein, kleinere Wohnungen zu bauen, um alte Leute, Rentner usw. unterzubringen.

Zum Schluß bemerkt GR. Windisch, die Sozialisten seien sich immer bewußt gewesen, daß das ordentliche Wohnen einer der wichtigsten Faktoren im menschlichen Leben ist. Sie werden wie bisher dem Wohnungsproblem ihr besonderes Augenmerk zuwenden (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Thaller (SPÖ) erklärt, daß er zu den Behauptungen der ÖVP, die in der letzten Zeit immer wieder aufgestellt wurden, daß alle Beschlüsse in der Wiederaufbaukommission einstimmig gefaßt wurden, Stellung nehmen müsse. Selbstverständlich stimmen die Sozialisten überall dort dafür, wo ein Fall der Darlehensgewährung in Ordnung ist. Sie haben genau so wie die Volkspartei das Anliegen, daß die im Krieg zerstörten Häuser und Wohnungen wiederaufgebaut werden (Beifall bei der SPÖ). Wogegen sich die Sozialisten in dieser Kommission aber immer wieder wehren, das ist der Mißbrauch des Wohnhauswiederaufbaufonds, der von der Volkspartei systematisch geübt wird. "Es geht nicht darum", sagte Stadtrat Thaller zu den ÖVP-Gemeinderatsmitgliedern gewendet, "daß wir der Volkspartei um ihren Wohnhauswiederaufbaufonds neidig sind, wie es von dieser immer wieder behauptet wird. Es interessiert uns nicht, daß Sie darüber jubeln, daß Sie seit 1948 einen Fonds haben, in dem ein Minister Ihrer Partei tonangebend ist. Wenn der Fall in Ordnung geht, sind wir absolut dafür. Daß aber verschiedene Fälle nicht in Ordnung gehen, dagegen haben sich die sozialistischen Mitglieder in dieser Kommission gewendet. Leider werden wir in diesen Bestrebungen sehr oft überstimmt. Ganz und gar nicht der Verfassung entsprechend waren die Vorgänge während der letzten Sitzung dieser Kommission. Eine Beschlußfassung der Kommission ist bekanntlich nur möglich, wenn zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind. Insgesamt waren in der letzten Sitzung elf Mitglieder anwesend, davon vier Sozialisten. In dieser Sitzung konnten die Sozialisten fünf Anträgen nicht zustimmen. Da bei ihrer Anwesenheit diese fünf Anträge ohne ihre Stimmen beschlossen worden wären, wollten sie die Beschlußunfähigkeit der Kommission durch Verlassen der Sitzung herbeiführen.

Ungefähr eine Viertelstunde nach Verlassen der Sitzung hat der Vorsitzende, Sektionschef Ing. Kloss, wieder angerufen und mich gebeten, wieder zur Sitzung zu kommen, die Angelegenheit sei erledigt. Wir sind darauf zur Sitzung gegangen und haben noch einige Angelegenheit erledigt. Wie wir später gehört haben und wie aus dem Protokoll zu ersehen ist, hat der Herr Sektionschef nach Rückfrage bei Minister Dr. Bock während unserer Abwesenheit über diese fünf strittigen Anträge abstimmen lassen. (Hört-Hört-Rufe bei der SPÖ.) Natürlich sind die Anträge dann auf solche Art mit sieben Stimmen einstimmig angenommen worden. Ein derartiger Vorgang ist ganz ungehörig, und wir werden uns in der nächsten Sitzung gegen ein solches Vorgehen wehren. Eine solche verfassungswidrige Vorgangsweise halten wir Sozialisten für vollkommen unmöglich!" (Beifall bei der SPÖ.) (Zwischenruf Stadtrat Koci: Methode 1934.)

Stadtrat Thaller zeigt dann noch einzelne Fälle auf, in denen von den Sozialisten gegen die Gewährung von Fondsmitteln gestimmt wurde. So werden unter anderem in der Seilerstätte Nr. 10 Eigentumswohnungen gebaut werden, die zu einem großen Teil an Ausländer vergeben werden sollen. Es geht nicht an, erklärte der Stadtrat, daß man diesen Ausländern mit den billigsten Krediten, die es überhaupt gibt, Wohnungen baut. Gegen diese Dinge werden sich die Sozialisten immer wieder wehren (Beifall bei SPÖ und VO).

In seinem Schlußwort verweist Stadtrat Glaserer darauf, daß der sogenannte Fünfervorschlag des Wohnungsamtes, den Gemeinderat Hausner als "öffentlichen Skandal" bezeichnet habe, nur in den seltensten Fällen in Erscheinung tritt, nämlich nur dann, wenn der Hausbesitzer die Dreiwochenfrist nicht einhält. Aber gerade bei einem Fünfervorschlag hat der Hausherr keine Möglichkeit, vom Mieter etwas zu fordern.

Bei der Betrachtung der Wohnraumwirtschaft wird immer der Fehler begangen, vom gesamten Bestand der Stadt an Wohnungen auszugehen. Dem Wohnungsamt steht aber nur jener Bestand zur Verfügung, der gemeindeeigen ist, und darüber hinaus nichts. Gewiß ist jeder Neubau zu begrüßen, aber wenn noch so viele Wohnungen im Wohnungseigentum gebaut werden, so dienen sie nicht einmal zu einem Bruchteil dazu, den Wohnungsnotstand in unserer Stadt zu beseitigen.

Beim Wohnungseigentum kommen die Vormieter nur in äußerst spärlichem Ausmaß zum Zuge, denn in den allermeisten Fällen liegt eine Verzichtserklärung vor, weil der frühere Mieter nicht die Geldmittel aufbringen kann. Alle diese Fälle fallen dem Wohnungsamt der Stadt Wien auf den Kopf. Hingegen ist es selbstverständlich, daß in allen von der Gemeinde errichteten Gemeindebauten die Vormieter zum Zuge kommen (Beifall bei der SPÖ).

Die Gemeinde Wien stellt in jedem Jahr etwa 5.000 neue Wohnungen fertig. Dem steht aber ein durchschnittlicher Substanzverlust von jährlich etwa 2.500 Wohnungen gegenüber. So konnte das Wohnungsamt in diesem Jahr bisher an Einsturzfällen, an Räumungen, wegen Bauvorhaben und an Wohnungssperren wegen Gesundheitsschädlichkeit usw. 1.825 Fälle erledigen, während noch 1.530 weitere Fälle in Vormerkung stehen. Kinderreiche Familien genießen immer den Vorzug.

Eines hätte GR. Wohlmuth nicht tun dürfen: er hätte nicht sagen dürfen, daß die Sozialisten schon 40 Jahre Wohnungspolitik in dieser Stadt treiben und daß noch immer Wohnungsnot besteht. Immerhin wurden in dieser Stadt über 80.000 Wohnungen durch einen Krieg zerstört. Und was ist zwischen 1934 und 1938 geschehen? (Stadtrat Koci: Da hat man Familienasyle gebaut!) Damals hat man nur 900 Wohnungen im Jahr gebaut und meist nur das fertiggestellt, was bereits die Sozialisten begonnen hatten. Und was hat man damals für die Kleingewerbetreibenden getan? Pro Jahr elf Geschäftslokale gebaut! Wenn wir nicht so knapp an Wohnungen wären, müßte man sich fast die Frage vorlegen, ob es nicht besser wäre, das Wohnhaus in der Adalbert Stifter-Gasse, das die damaligen Machthaber gebaut haben, wegzureißen.

Dank der Sozialistischen Partei wohnen wir heute besser als früher. Wir Sozialisten sorgen nicht nur für uns selbst und die Gegenwart, sondern wir planen auch für die Zukunft. Es ist unser Ziel, daß die nach uns kommende Generation besser wohnen möge, als wir gezwungen sind zu wohnen (Beifall bei der SPÖ).

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des IX. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Geschäftsgruppe X: Wirtschaftsangelegenheiten
=====

Die Beratungen über die Verwaltungsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten wurden durch ein Referat von Stadtrat Bauer (ÖVP) eingeleitet, der darauf hinwies, daß diese Geschäftsgruppe ein Spiegelbild der anhaltenden erfreulichen Entwicklung der Wirtschaft Österreichs zeige.

Das städtische Beschaffungssamt, welches den zentralen Einkauf für die zahlreichen städtischen Dienststellen besorgt, beliefert 4.060 Verbrauchsstellen. Das Amt ist in sieben Warengruppen gegliedert. In der Gruppe Lebensmittel wurden in den ersten zehn Monaten 1957 2,900.000 kg Lebensmittel eingekauft. Der Umsatz bei Textilien und Leder belief sich auf 15,249.000 S. In der Warengruppe Wirtschaftswaren, Eisen-, Chemie- und Elektrowaren konnte, wie der Stadtrat berichtete, in vielen Fällen günstiger eingekauft werden; auch ergab sich durch die Umsatzsteigerung die Möglichkeit, unmittelbar beim Erzeuger einzukaufen, wodurch günstigere Nettopreise erzielt werden konnten. Druckaufträge der Gemeinde wurden im Betrage von 3,6 Millionen Schilling vergeben, wobei an Gewerbebetriebe Aufträge um 2,6 Millionen ergingen. Für Büromaschinen wurden rund 2 Millionen Schilling aufgewendet.

Trotz Brennstoffmangels konnten die Verbrauchsstellen der Stadt Wien bisher mit festen und flüssigen Brennstoffen ausreichend beliefert werden. Die Versorgung mit Heizöl bereitet allerdings gewisse Schwierigkeiten. Für die Neuanschaffung von Einrichtungsgegenständen wurden rund 10 Millionen Schilling verausgabt, davon entfielen u.a. 1,8 Millionen auf die Krankenanstalten und 1,6 Millionen auf die Stadthalle. An Lehr- und Lernmitteln wurden für Lehrbücher, Klassenlesestoff, Schüler- und Lehrerbücherei, Instrumente und Apparate rund 4,5 Millionen, für die Neueinrichtung von Schulen rund 5,1 Millionen verausgabt.

Die städtische Bäckerei erzeugt aus eigenem Material Brot, Gebäck und Mehlspeisen für den Großteil der städtischen Wohlfahrtsanstalten. In den ersten 10 Monaten des Jahres wurden hier 618.598 kg Schwarzbrot, 402.094 kg Weißbrot, 235.020 kg Weißgebäck, 15.971 kg Schwarzgebäck und 43.399 kg Mehlspeisen hergestellt.

Das Liegenschaftsamt der Stadt Wien besorgt jene Obliegenheiten, die mit der Veräußerung von Liegenschaften und Liegenschaftsanteilen, mit der Festsetzung der Entschädigungen bei Abtrennung von Grundflächen in das öffentliche Gut sowie mit der Bestellung von Baurechten an städtischen Grundstücken und der Ausarbeitung der mit diesen Rechtsgeschäften verbundenen Verträge zusammenhängen. Was den Verkauf städtischer Grundstücke anlangt, so besteht, da sich immer wieder gezeigt hat, daß der Grundbesitz der Stadt Wien für ihre eigenen Erfordernisse nicht ausreicht, die verständliche Tendenz, Grundstücke nur in geringen Ausmaß und nur in besonderen Ausnahmefällen zu veräußern.

Dem Liegenschaftsamt obliegt auch unter anderem die Verwaltung der städtischen und der Stiftungsliegenschaften sowie der städtischen Gewerbeberechtigungen und die Evidenzhaltung des städtischen Grundbesitzes, der Abschluß von Bestandverträgen und die Erteilung von Benützungsbewilligungen.

Ferner werden vom Liegenschaftsamt auch weiterhin die Verhandlungen wegen Rückstellung von Liegenschaften, die in der Zeit von 1938 bis 1945 erworben worden waren, fortgeführt.

Zur Durchführung des städtischen Wohnbauprogrammes müssen die für die Verbauung in Anspruch zu nehmenden städtischen Grundstücke von den sie benützenden gewerblichen oder landwirtschaftlichen Bestandnehmern freigemacht werden. Die Verhandlungen sind ungemein schwierig.

Der städtische Grundbesitz umfaßt unter Berücksichtigung der im Berichtsjahr durch Kauf, Tausch, Erwerbung im Versteigerungswege erfolgten Veränderungen im Alleinbesitz in Wien 16.965,4282 Hektar, außerhalb Wiens 20.284,4903 Hektar, in Mitbesitz in Wien 665,0565 Hektar, außerhalb Wiens 44,8200 Hektar, durch die Vereinigte Wiener Fürsorgestiftung in Wien 24,2523 Hektar. 40 Prozent der Fläche Wiens sind somit im Eigenbesitz der Stadtverwaltung.

Die Zahl der Bestandnehmer der städtischen Grundstücke hat sich mit 8.400 gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert.

In Verwaltung der Magistratsabteilung 57 stehen derzeit 37 Gast- und Schankgewerbekonzessionen, von denen derzeit 7 im Nichtbetrieb sind. Die Pachtbetriebe erzielten im Jahre 1956 einen Gesamtumsatz von rund 23 Millionen Schilling, wovon der weitaus größte Teil auf die vier Großbetriebe Kursalon, Meierei Stadtpark, Cobenzl und Rathauskeller entfiel.

Die Pachtzinseinnahmen der Stadt betragen für alle verpachteten Betriebe in den Monaten Jänner bis September 1957 rund eine Million Schilling. Der Berichterstatter empfiehlt jene Betriebe abzustößen, deren Pachtschilling in einem Einklang zum Verwaltungsaufwand steht.

Die rechtliche Angelegenheit des Ernährungswesens, des Veterinärwesens, der Landeskultur und des Wasser- und Schifffahrtswesens werden von der Magistratsabteilung 58 wahrgenommen, in der in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 130 Verwaltungsstrafsachen behandelt wurden.

Die bei dieser Abteilung eingerichtete Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat auch im Jahre 1957 eine erfolgreiche Tätigkeit entfaltet. In der laufenden Jagdperiode gibt es 42 Gemeindejagdgebiet mit zusammen 21662 Hektar.

Die Zahl der Fischereieigenreviere mit 2.184 Hektar und der sechs Fischereipachtreviere mit 152 Hektar hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht geändert.

Die Zahl der zugelassenen Motorboote hat eine Steigerung auf 325 Boote erfahren.

Nach vielen mühevollen Vorarbeiten konnte im Berichtsjahr der Entwurf des Landwirtschaftskammergesetzes fertiggestellt werden, der am 28. Juni d.J. vom Landtag verabschiedet wurde. Immerhin werden noch einige Monate vergehen, bis die Landwirtschaftskammer nach Durchführung der vorgesehenen Wahl und Konstituierung ihre Arbeiten auch tatsächlich wird aufnehmen können.

Das Marktamt umfaßt derzeit 23 Dienststellen, das sind die Marktamtsdirektion und 19 Bezirksabteilungen sowie die Abteilungen Zentralviehmarkt, Großmarkthalle und Naschmarkt. Der Gesamtpersonalstand ist für das Jahr 1958 mit 310 Personen vorgesehen. In der Verwaltung des Marktamtes stehen 39 Marktobjekte.

Die in Aussicht genommenen Investitionen im Bereich der städtischen Marktverwaltung werden in erster Linie der Hebung der Verkehrssicherheit auf den Marktflächen, der Beseitigung der Zeitschäden an Gebäuden und Anlagen und ihrer Modernisierung und Umgestaltung dienen. Der Naschmarkt, aber auch der Zentralviehmarkt und die Großmarkthalle, erfordern erhebliche Instandhaltungsmittel, die ungeachtet mancher derzeit zur Erörterung stehender Pläne über die örtliche Verlegung solcher Märkte infolge der großen wirtschaftlichen Bedeutung dieser Anlagen verausgabt werden müssen.

Im Wochendurchschnitt werden auf dem Zentralviehmarkt neben Kälbern und Pferden 1.600 Stück Rinder, 8.200 Stück Schweine, in der Großmarkthalle 740.000 Kilogramm Fleisch verkauft. Auf den Obst- und Gemüsemärkten werden 991.000 Kilogramm Obst, 1,160.000 Kilogramm Gemüse, 243.000 Kilogramm Südfrüchte, 961.000 Kilogramm Kartoffeln und 149.000 Kilogramm Zwiebeln abgesetzt.

Die Preisentwicklung wird peinlich genau registriert. Nach den Berichten des Institutes für Wirtschaftsforschung waren Gurken, Kohl, Kartoffeln, Paprika und Blätterspinat im Oktober dieses Jahres durchschnittlich billiger als im Oktober 1956. Wenn houer ein Engpaß bei Äpfel und Birnen wegen der schlechten Ernte eintrat, so wird dieser durch die verfügte Zollsenkung bei Südfrüchten beseitigt. Orangen werden dadurch um ungefähr 20 Prozent billiger abgegeben werden können.

Dem Jahrbuch der Arbeiterkammer 1956 ist zu entnehmen, daß zum Beispiel die Kartoffelpreise in einzelnen Fällen sogar niedriger waren als die Preise im Jahre 1953. Bei einem Vergleich zwischen in- und ausländischen Gemüsepreisen schneiden die Inlandspreise weiter besser als die ausländischen ab.

Im Sommer gab es eine Zeitspanne, wo man Speckfilz in der Großmarkthalle um 6 Schilling je Kilogramm abgab, wo sich aber keine Käufer fanden.

Appell an die Hausfrauen

Gestatten Sie mir daher, auch heuer wieder ein ernstes Wort, das ich besonders an die Hausfrauen dieser Stadt richte: Warum richtet man sich denn nicht nach der Marktlage? Müssen denn unbedingt der erste Häuptelsalat, die ersten Gurken, die ersten Kohlrüben auf den Tisch kommen? Auch die ersten Kirschen, Marillen und Erdbeeren sind eben teuer. Einige Wochen später ist die Ware in bester Qualität und weit billiger fast nicht abzusetzen. Wenn es einmal weniger Frischgemüse gibt, warum kann man nicht wenigstens ab und zu zum Beispiel zu Hülsenfrüchten greifen, um den Speisezettel abwechslungsreicher zu gestalten. Haben wir nicht alle zusammen die Verpflichtung zu allererst die heimischen Produkte zu kaufen um im besonderen die schwer um ihre Existenz ringenden Gemüse- und Obstgärtner zu unterstützen?

Ich habe schon im Vorjahr darauf hingewiesen, daß sehr triftige Gründe dafür vorliegen, sowohl den Naschmarkt als Gemüse- und Obstgroßmarkt, wie auch die Großmarkthalle als Fleischgroßmarkt zu verlegen und an anderer geeigneter Stelle zu errichten.

Der Blumengroßmarkt in der Phorushalle im 4. Bezirk erfreut sich eines ständig steigenden Zuspruches. Durch den nun vorgesehenen Einbau einer Galerie in der Phorushalle sollen weitere Verkaufsplätze gewonnen und der Platzmangel endgültig beseitigt werden.

Welche umfangreiche Arbeit das Marktamt auf dem Gebiet der Lebensmittelpolizei und Einfuhrkontrolle zu bewältigen hatte, erhellt allein schon daraus, daß rund 20.400 Lebensmittelkleinhandels- sowie 1.500 Großhandels- und Erzeugungsbetriebe zu überwachen sind. Rund 35.000 Proben wurden im Sinne des Lebensmittelgesetzes gezogen und begutachtet. Im Zuge der Lebensmittelkontrolle wurden im Berichtsjahre insgesamt 267.000 kg Lebensmittel außer Verkehr gesetzt.

Zu erwähnen wäre noch, daß nunmehr auch die Verpflegsstätten des Bundesheeres der Lebensmittelkontrolle durch das Marktamt unterliegen.

Mit großer Befriedigung kann ich feststellen, daß das Marktamt der Stadt Wien auch heuer seiner wichtigen Aufgabe in bewährter und hervorragender Weise nachgekommen ist.

Das Veterinäramt hat mit seinen Dienststellen in den Vieh- und Schlachthofanlagen von St. Marx, in der Großmarkthalle und in den 19 Veterinärabteilungen der Magistratischen Bezirksämter zum Schutz der Gesundheit der Wiener Bevölkerung und zur Verhinderung der Einschleppung von Tierseuchen außerordentlich wichtige Aufgaben zu besorgen. Die gewissenhafte Durchführung der Vieh- und Fleischschau, also die Untersuchung der Tiere vor und nach der Schlachtung, gewährleistet die Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Fleisch.

Es kann nicht übersehen werden, daß die städtischen Schlachthofanlagen, insbesondere der Rinderschlachthof, schon recht überaltert sind. Sicher ist auch, daß der Zustand der überalterten Anlagen den Viehhof- und Schlachthofbetrieb nicht rentabel abwickeln ließen. Zur Erhaltung allein der Betriebsfähigkeit mußten in den vergangenen Jahren für laufende Erhaltungsarbeiten Beträge im Ausmaß von zwei Millionen Schilling jährlich aufgewendet werden.

Die Anlieferungen von Schlachttieren nach Wien reichen an die in den Vorkriegsjahren festgestellten Mengen heran und haben sich in den letzten Jahren ziemlich auf gleicher Höhe gehalten. Es ist bekannt, daß die Stadt Wien mit den niedrigsten Viehhof- und Schlachthofgebühren arbeitet.

Das durch die niedrigen Gebühren bedingte erhebliche Betriebsdefizit kann zum Teil durch die Einnahmen aus der Ausgleichs- abgabe für Frischfleisch und durch Heranziehung der veterinär- amtlichen Untersuchungsgebühren der Veterinärabteilungen in den Magistratischen Bezirksämtern halbwegs ausgeglichen werden.

Abschließend sagte der Referent, er habe die wichtigsten Ansätze des Voranschlages der Verwaltungsgruppe X zu erläutern versucht. Er benütze diesen Anlaß, um allen Bediensteten für ihre im Interesse der Wiener Bevölkerung geleistete Arbeit zu danken und bitte, den Ansätzen der Verwaltungsgruppe X die Zustimmung zu erteilen (Beifall bei der ÖVP).

Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten

In der Debatte spricht zuerst GR. Kronberger (VO). Er freut sich, daß viele Märkte ein gutes Aussehen bekommen haben. Leider aber gibt es noch immer Märkte, bedauerlicherweise gerade in den Arbeiterbezirken, die alles eher als schön aussehen.

Der Redner verlangt nachdrücklich, daß man mit der dringend notwendig gewordenen Übersiedlung des Naschmarktes ernst machen soll. Es wird zwar schon seit Jahren davon geredet, aber bisher ist nichts geschehen.

Die größte Sorge bereiten aber die Preise auf den Märkten. GR. Kronberger wendet sich in diesem Zusammenhang vor allem gegen die überhöhten Handelsspannen.

Abgestellt müßten auch Vorkommnisse werden, wie es der Verkauf von Abfallfett als Schweineschmalz durch mehrere Monate war. Eine vom Sozialministerium ausgearbeitete Verbotsverordnung müßte ehestens erlassen werden. Der Redner gibt ferner die Anregung auf Errichtung von Verkaufskiosken für Milchgetränke und Mehlspeisen. Derartige Kioske gibt es bereits in vielen anderen Städten. Auch sie tragen zur Bekämpfung des Alkoholismus bei. Die Stadt Wien müßte die Errichtung solcher Kioske fördern. Zusammenfassend stellt der Redner fest, daß die Wiener Marktbehörden, die Lebensmittelkontrollorgane, die Fleischbeschau, die Marktkommissäre usw. alle gewissenhaft ihre Pflicht erfüllt haben. Die Pflicht des Stadtrates geht jedoch über die seiner Mitarbeiter hinaus. Er müßte Maßnahmen zur Verbesserung der Wiener Märkte suchen und dafür sorgen, daß die Pläne für den neuen Naschmarkt verwirklicht werden. Er müßte auch der Preisfrage der Lebensmittel bedeutendes Augenmerk zuwenden. Eine bereits im Vorjahr gestellte Forderung auf Senkung des Brotpreises wurde nicht beachtet, sondern darauf verwiesen, daß sich mit diesen Dingen die paritätische Kommission befassen wird. Was ist aber aus dieser Kommission geworden? Sie hat wohl die Arbeiter dazu verhalten keine Lohnforderungen zu stellen, Preissteigerungen hat sie jedoch nicht verhindert. Die Gemeinde Wien besäße die Kraft, sich für einen Preisstopp einzusetzen. Stadtrat Bauer müßte dazu beitragen, daß das Leben der arbeitenden Menschen nicht immer teurer wird. Weil er, wie der Redner weiter ausführte, auf diesem Gebiet zu wenig Initiative gezeigt hat, könne seine Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe X nicht zustimmen.

GR. Dr. Ing. Hengl (ÖVP) würdigte die Aufwärtsentwicklung, die die österreichische Wirtschaft unter den "Raab-Kamitz-Kurs" genommen hat, und betonte, daß es nach der dritten Senkung der Einkommensteuer und durch die Wiedereinführung der Bewertungsfreiheit der Wirtschaft auch möglich sein wird, sich für den Konkurrenzkampf in der europäischen Freihandelszone entsprechend zu rüsten. Es wäre zu überlegen, ob nicht auch die Gemeinde Wien in dieser Hinsicht einen Beitrag leisten könnte. So würde die Fremdenverkehrsindustrie in Wien, die gegenüber den westlichen Bundesländern noch im Rückstand ist, einen Anreiz erhalten, wenn man etwa die Getränkesteuer abschaffen könnte.

Ein Großteil des Einkommens der Arbeiter und Angestellten dieser Stadt wird durch die Hände der Hausfrauen ausgegeben. Durch fachmännisch gelenkte Konsumentenberatung sollte man die Hausfrau hinweisen, was augenblicklich am besten und billigsten zu kaufen ist. Es müßte nicht sein, daß Gemüse in großen Mengen verdirbt, weil es trotz billigen Preisen nicht anbringbar ist. Die Obstverwertungsgenossenschaft mußte über 52 Waggons Gemüse wegwerfen, weil es nicht einmal kostenlos abgenommen wurde. Die Bevölkerung Wiens sollte die heimischen Produkte bevorzugen, insbesondere in jenen Zeiten, in denen die österreichischen Erzeugnisse in großen Mengen auf den Markt kommen und sehr billig sind. Es ist auch nicht notwendig, Schweinefleisch zu importieren, wenn im Inland Rind- und Kalbfleisch zu angemessenen Preisen zur Verfügung steht.

Der Redner setzte sich erneut dafür ein, für das Schloß Cobenzl endlich eine entsprechende Verwertungsmöglichkeit zu finden, da dieses Gebäude heute ein Schandfleck des Wienerwaldes ist.

Nach zwölfjährigen Beratungen hat der Wiener Landtag heuer endlich das Wiener Landwirtschaftskammergesetz beschlossen. Es ist zu hoffen, daß die einmalige Zusammensetzung der Wiener Landwirtschaftskammer, in der auch die Kleingärtner und Siedler vertreten sind, ein erhöhtes Verständnis zwischen Städtern und Landwirtschaft bringen und eine gedeihliche Zusammenarbeit herbeiführen wird. Trotz vielfacher Bemühungen ist es leider noch nicht gelungen, ein geeignetes Lokal für die Kammer ausfindig zu machen.

GR. Dr. Hengl wiederholt den Wunsch, die Gemeinde Wien möge in verstärktem Maße die Landwirtschaft fördern, denn der Nachholbedarf der Wiener Landwirtschaft ist noch groß. Leider scheinen in diesem Budget noch keine Förderungsbeiträge für die Landwirtschaft auf. Ein weiteres Anliegen der Landwirtschaft ist die Bestellung von Flurhütern, da die Devastierung der landwirtschaftlichen Kulturen ein nicht mehr erträgliches Maß angenommen hat. Manche Futterwiesen werden durch parkende Autos schwer in ihrem Ertrag beeinträchtigt.

Nach jahrelangen Bemühungen der Landwirtschaft leistet die Gemeinde auch einen Beitrag zur Hagelversicherung. Auf Grund dieses Anreizes für eine erhöhte Versicherungsbereitschaft ist die Zahl der Versicherungsverträge um 24 Prozent und die Versicherungssumme um 33 Prozent gestiegen. Ganz besondere Bedeutung hat die Hagelversicherung für den Weinbau.

Die Mißstände auf dem Wiener Naschmarkt, der den heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht, sind so kraß und schreien derart nach Abhilfe, daß man endlich einen entscheidenden Schritt zum Bau eines neuen Wiener Zentralmarktes tun sollte, dessen Bau Jahre erfordern wird. Die Wiener Schlachthöfe sind fast vollständig aufgebaut, der Auftrieb ist befriedigend, der Fleischbedarf der Bevölkerung kann vollauf gedeckt werden. Der Fleischkonsum hat fast den Stand vor 1937 erreicht. Wenn es trotz der Importe von Auslandsvieh möglich war, die Tierseuchen zu bannen, so gebührt dem Veterinäramt für seine Tätigkeit besonderer Dank.

Der Redner dankte allen Mitglieder des zuständigen Gemeinderatsausschusses für ihre sachliche Arbeit und erklärte, daß die ÖVP den Ansätzen der Geschäftsgruppe X zustimmen wird.

Auch die nächste Debatterednerin GR. Maria Hirschler (SPÖ) stellt ein Lob für die sachliche Zusammenarbeit im Gemeinderatsausschuß X an die Spitze ihrer Ausführungen. Sie wendet sich dann der Arbeit des Beschaffungsamtes zu und verweist auf dessen besondere Bedeutung. Ihm obliegt der Einkauf von verschiedenen Materialien. In dieser Hinsicht macht es das Wohlfahrtsamt den Einkaufsstellen wirklich nicht leicht, da es im Bezug auf die Qualität der für die Befürsorgten bestimmten Textilien besonders Anforderungen stellt. Das Beschaffungsamt besorgt auch die Ein-

käufe von Schulrequisiten. Die Rednerin benützt die Gelegenheit, um im Namen aller Wiener Mütter der Stadtverwaltung für die kostenlose Beistellung von Lehr- und Lernmitteln und Schulrequisiten zu danken (Beifall bei der SPÖ). Sie beschäftigt sich dann mit der Anschaffung von Berufskleidern und Reinigungsmitteln und spricht zugleich die Bitte aus, bei den Aufträgen der Stadtverwaltung nicht die blinden Gewerbetreibenden zu vergessen. Abschließend zum Thema Beschaffungsamt verweist sie noch darauf, daß auch der Abverkauf von Altmaterial von dieser Dienststelle lobenswert durchgeführt wird.

Sie erinnert daran, daß der Naschmarkt im Jahre 1916 als ein Provisorium auf den Platz, wo er sich heute befindet, verlegt wurde. Wenn es wirklich der Wunsch des Stadtrates ist, meint sie, daß der Naschmarkt verlegt werden soll und wenn er glaubt, daß er zur Durchführung dieser Angelegenheit die Unterstützung der sozialistischen Partei braucht, dann wird er sie sicher bekommen. Sie stellt zugleich die Frage, ob seine Meinung über die Verlegung des Naschmarktes auch von den anderen Mitgliedern seiner Fraktion geteilt wird. In ihren weiteren Ausführungen verweist sie auf das Verkehrschaos auf diesem Markt und auf den unzulänglichen Zustand, der auf dem Landparteienplatz herrscht. Gemeinderätin Hirschler stellt fest, daß auch der heutige Standort der Großmarkthalle nicht mehr den Anforderungen entspricht.

Was die Gemüsepreise anbelangt, verweist sie darauf, daß man im Hochsommer Gemüse nicht allzu lange lagern kann. Sie appelliert an die Großbetriebe und ihre Küchen, sie mögen zur Schwärmezeit ihre Speisekarten so umstellen, damit das angebotene heimische Gemüse verbraucht werden kann. Es ist schwer zu verstehen, sagt sie, wenn die heimischen Produzenten, darunter viele Kleingärtner, das Produkt ihrer fleißigen Arbeit nicht absetzen können. Die Wiener Bevölkerung ist bestimmt für das heimische Gemüse, ebenso aber auch dafür, daß im Falle des geringen Angebotes rechtzeitig für Importe aus dem Ausland gesorgt wird. Die Bevölkerung ist aber nicht dafür, daß Importe zurückgehalten werden, um die Preise der einheimischen Produkte hochzuhalten. Sie richtet ferner an alle zuständigen Stellen die Bitte, sich rechtzeitig mit der Frage der Verwendung von Speck zu beschäftigen, nicht aber erst im Augenblick des Überangebotes.

Abschließend gibt die Rednerin der Hoffnung Ausdruck, daß auch im kommenden Jahr die sachliche Arbeit im Gemeinderatsausschuß X wie bisher fortgesetzt wird (Beifall bei SPÖ und ÖVP). Die sozialistische Fraktion wird den Ansätzen der Geschäftsgruppe X die Zustimmung erteilen.

Stadtrat Bauer stellt im Schlußwort zur Kritik an den Märkten fest, daß auf diesem Gebiet wohl noch einiges zu tun übrig bleibt. Man darf jedoch nicht vergessen, daß gerade die Marktanlagen schwere Bombenschäden aufgewiesen haben. Es sind auch 4 Millionen Schilling für 1958 bewilligt, die dazu verwendet werden sollen, auf den Märkten bessere Zustände zu schaffen. Die Erklärung der Gemeinderätin Hirschler, daß man endlich darangehe einen Plan für den neuen Waschmarkt auszuarbeiten, könne er nur sehr begrüßen. Seine Errichtung ist nicht nur im Interesse des Handels und der Gärtner notwendig, sondern auch im Interesse der Konsumenten. Zur Forderung des GR. Kronberger auf vermehrte Einflußnahme bei der Preisbildung bei Lebensmitteln ist zu sagen, daß es hier auch Aufgabe des Konsumvereines wäre, regulierend zu wirken. An Hand von Beispielen weist Stadtrat Bauer nach, daß die Handelsspannen nicht so groß sind, wie man immer glaubt. Bei der Ausstellung der Importbescheinigungen wurde rasch gearbeitet, aber leider war es während der heurigen Hitzeperiode so, daß Schwierigkeiten auch im Ausland bestanden haben. Das Marktamt dringt bei den zuständigen Stellen immer darauf, daß Importe rechtzeitig getätigt werden. Wichtig wäre eine Konsumentenberatung.

Zum Verkauf des minderwertigen Fettes ist zu sagen, daß das Marktamt hier eingegriffen hat und den weiteren Verkauf verhinderte. Es sei jedoch bedauerlich, daß die Hausfrauen lieber das schlechte Schmalz gekauft haben, als Speck, der in der Großmarkthalle um 6 bis 8 Schilling pro Kilogramm zu haben war. Zur Förderung der Errichtung von Milch kiosken könne die Stadtverwaltung nichts beitragen, weil es eine Gewerbeordnung gibt, die Ladenschlußverordnungen usw. enthält. Eine Tierbeschau bei Hausschlachtungen für den eigenen Bedarf könne vom Marktamt nicht erzwungen werden. Jeder vernünftige Produzent wird aber eine derartige Untersuchung schon zu seiner eigenen Sicherheit vornehmen lassen, noch dazu wo sie nur sehr wenig kostet.

Zur Forderung nach Ankauf von Waren, die von Blinden erzeugt werden, ist zu sagen, daß diese leider immer teurer sind, als gleichwertige Waren des Handels. Aus Wohlfahrtsgründen hatte sich Vizebürgermeister Honay bereiterklärt, solche Preisdifferenzen aus Fürsorgemitteln abzugelten. Kaum wurde diese Erklärung abgegeben, als die Preise um 50 oder gar 60 Prozent höher waren als die normalen Preise. Eine solche Preissteigerung war natürlich vollkommen ungerechtfertigt. Aus diesem Grunde wurden bisher auch keine Käufe beim Blindenverband getätigt.

Bei der Beschaffung von Textilien für die Fürsorgeämter werde gute Qualität geliefert, die auch modisch entspreche.

Bezüglich die Großmarkthalle gilt das gleiche wie beim Naschmarkt. Vielleicht wäre es möglich, sie in St. Marx unterzubringen. Bedauerlich ist, daß in der Umgebung des Zentralviehmarktes Wohnviertel entstanden sind und die Bewohner vielfach über Geruchsbelästigung durch den Markt klagen.

Abschließend spricht Stadtrat Bauer die Hoffnung aus, daß die Wiener Landwirtschaftskammer bald ihre Tätigkeit aufnehmen können wird. Nicht nur zum Wohle der Landwirtschaft, sondern auch im Interesse der Kleingärtner hat sie große Aufgaben zu erfüllen. Alle diese Maßnahmen sollen dem Wohle der Bewohner unserer Stadt dienen.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze ohne die Stimmen der VO angenommen.

- - -

Geschäftsgruppe XI, Allgemeine Verwaltung
=====

Über die Geschäftsgruppe "Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten" referierte Stadtrat Afritsch (SPÖ). Im ordentlichen Voranschlag für das Jahr 1958 sind 162 Millionen vorgesehen. Im Jahre 1957 waren es 164,6 Millionen. Die Verringerung des Budgetansatzes hängt mit dem Wegfall der Ansätze für die Kosten der Bundespräsidentenwahl zusammen. Der Beitrag zu den Kosten der Bundespolizei beträgt so wie in den Vorjahren 32,3 Millionen.

Seit 1945 - 150.000 neue Österreicher

Bei der Magistratsabteilung 61 - Bevölkerungswesen wurden vom 1. Jänner bis 30. November 1.203 Einbürgerungsfälle positiv erledigt. Im Jahre 1956 waren es noch 2.481, im Jahre 1955 4.007 Ansuchen, die aufrecht erledigt wurden. In der 2. Republik wurden insgesamt 90.853 Einbürgerungen in Wien vorgenommen. Wenn dazu die Frauen und Kinder gerechnet werden, haben seit dem Jahre 1945 mehr als 150.000 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft erworben.

Das Referat, das die Staatsbürgerschaftsnachweise ausstellt, war sehr überlastet. In den ersten 11 Monaten im Jahre 1955 wurden 132.000 Staatsbürgerschaftsnachweise ausgefertigt, im Jahre 1956 121.000 und im Jahre 1957 145.835.

In den 10 Wiener Standesämtern wurden in den ersten 11 Monaten des Jahres 1957 12.756 Ehen geschlossen, eine Steigerung von vier Prozent.

Für die Führung der Stimmlisten sind im Budget 1958 1,200.000 S vorgesehen, wovon nur 380.000 S vom Bund ersetzt werden. Auf Grund unserer bisherigen Erfahrungen können wir feststellen, daß im Monat mehr als 25.000 Änderungen und Ergänzungen durchgeführt werden müssen. Pro Werktag sind dies durchschnittlich 1.000 Veränderungen.

Die Registrierungsakten stehen nur mehr den Obersten Gerichtshöfen zur Verfügung. Eine Einsichtnahme durch die Bevölkerung ist gesetzlich nicht gestattet.

Vor einem Jahre bestanden noch 220 Öffentliche Verwaltung und 22 Öffentliche Aufsichten, nun bestehen nur noch 169 Öffentliche Verwaltungen und 9 Öffentliche Aufsichten.

Im Jahre 1957 wurden 687 Vereine neu begründet, bzw. umgebildet. 440 Vereine wurden aufgelöst.

Das Jahr 1957 brachte auf dem Gebiete des Gewerbewesens keine bedeutsamen Änderungen.

In der Zeit vom 1. Dezember 1956 bis 30. November 1957 wurden 6.480 neue Gewerbe begründet. Dem stehen 7.081 Neugründungen im Vorjahr gegenüber. Im gleichen Zeitraum sind 7.100 Berechtigungen erloschen, dem stehen 8.972 Berechtigungen im Vorjahr gegenüber. Im Jahre 1957 war die Magistratsabteilung 64, Administrative Bau-, Elektrizitäts-, Eisenbahn- und Luftschiffahrtsangelegenheiten, besonders mit legalistischen Aufgaben betraut. Hervorheben möchte ich die Arbeiten für das Wiener Garagengesetz und der dazugehörenden Durchführungsverordnung, das Wiener Feuerwehrgesetz und das Feuerpolizeigesetz samt der dazugehörenden Verordnung und die Wiener Kehrordnung.

50 Millionen für Grundkäufe

Für Grunderwerb sind im Anschlag 1958 wieder 50 Millionen Schilling vorgesehen. Im laufenden Jahr wurden die präliminierten 50 Millionen verbraucht und außerdem vier Zuschußkredite von 35 Millionen genehmigt. Es wurden in dieser Zeit 2,692.000 Quadratmeter erworben.

Der Erwerb der Gründe erfolgte in erster Linie für die Errichtung von städtischen Wohnhausbauten, für Assanierungszwecke, Siedlungen, für Zwecke des Abtausches, für Friedhoferweiterungen, für Eröffnung von Verkehrsflächen, für Sport- und Grünanlagen und für andere öffentliche Zwecke sowie auch für Wasserbauten und Flußregulierungen.

Die Grunderwerbungen im Jahre 1957, die mit großer Initiative, Geschicklichkeit und Sachkenntnissen von den Beamten geführt wurden, waren ohne Zweifel sehr erfolgreich, zunal zu berücksichtigen ist, das diese Tätigkeit ohne Unterstützung eines modernen Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes erfolgt ist.

In zehn Monaten: 12.000 Wiegen, 20.000 Säрге

Bei der Besprechung des Statistischen Amtes nannte der Referent einige interessante Zahlen über die Wiener Bevölkerung. Sie betrug am 1. Jänner 1,632.544, am 31. Oktober 1,639.589. Das ergibt eine Zunahme von 7.045 Personen.

Gestorben sind in den letzten 10 Monaten 20.624 Wienerinnen und Wiener, geboren wurden im gleichen Zeitabschnitt 12.190. Der Verlust aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung beträgt daher 8.434. Zugewandert sind in derselben Zeit 77.683, abgewandert 62.303. Der Wanderungsgewinn beträgt somit 15.380 Personen. Nach Abzug der Bevölkerungsverluste beträgt die tatsächliche Zunahme der Bevölkerung gegenüber dem Jahresbeginn 7.045. Der errechnete Bevölkerungszuwachs im Jahre 1956 für die 10 Monate betrug 7.041, das heißt, daß die Zunahme der Bevölkerung derzeit fast überhaupt keine Schwankungen aufweist.

160.000 Kraftfahrzeuge

Die Zahl der Kraftfahrzeuge betrug Ende Oktober 1957 159.437, das bedeutet eine Vermehrung gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres um 9.1 Prozent. Im Vorjahr betrug die Steigerung 13.4 Prozent. Das Tempo der Vermehrung an Kraftfahrzeugen hat somit im Vergleich zum Vorjahr um ungefähr ein Drittel abgenommen. Die große Zunahme war wieder bei den Personenkraftwagen festzustellen, die sich von 64.979 auf 80.475, somit um 23.8 Prozent vermehrt haben. Bei den Motorrädern ist sogar ein kleiner Rückgang um 4.6 Prozent festzustellen. Dagegen haben sich die Mopeds von 21.404 auf 23.554 vermehrt.

Straßenverkehrsunfälle

Vom Jänner bis Oktober 1957 ereigneten sich in Wien 16.684 Verkehrsunfälle, bei denen 11.030 Personen zu Schaden kamen. Das bedeutet die bemerkenswerte Erhöhung der Verletzten um 8.2 Prozent. Von den verletzten Verkehrsteilnehmern sind rund 1.76 Prozent mit tödlichem Ausgang.

76 Straßen und Plätze oder Teilstücke von diesen wurden im laufenden Jahre zu Einbahnstraßen erklärt.

Durch die verstärkte Motorisierung ist die Magistratsabteilung, die die rechtlichen Verkehrsangelegenheiten zu besorgen hat, stark belastet. Diese Abteilung erledigte in den ersten 10 Monaten dieses Jahres 2.022 Strafberufungen und 1.484 administrative Berufungen bei Führerschein und Fahrzeugzulassung. Im Jahre 1956 betrug die Anzahl aller Berufungen 3.770.

Feuerwehr löschte 1.537 Brände

Bei der Feuerwehr beträgt der Voranschlag 1958 einschließlich der Kriegsschädenbehebung 73,032.900 Schilling. An größere bauliche Herstellungen im Jahre 1958 sind bemerkenswert: die Fertigstellung der Hauptfeuerwache Döbling, der Neubau der Feuerwache Weidlingau, die Verlegung der Feuerwache Prater in das Messengelände und die Instandsetzung der Feuerwache Neubau, Währing und Kahlenbergordorf. Durch die Verlegung des Reservegartens von der Vorgartenstraße nach Hirschstetten ergibt sich die Möglichkeit, auf einem Teil der freigewordenen Gründe für die Hauptfeuerwache Leopoldstadt ein neues Gebäude zu errichten, was schon seit langer Zeit geplant war, da die jetzige Hauptfeuerwache in der Lassallestraße den technischen und sozialen Anforderungen nicht entspricht.

In den ersten zehn Monaten des Jahres rückte die Feuerwehr aus: zu 5 Großbränden, 54 Mittelbränden, 1.402 Kleinbränden, 76 Rauchfangbränden, 3.250 diversen Hilfeleistungen und 259 Fehlanzeigen. Das ergibt insgesamt 5.046 Ausrückungen. Während der großen Hitzewelle und Trockenperiode im Juli hat die Feuerwehr Wiener Park- und Gartenanlagen mit Tanklöschfahrzeugen und Pumpen bewässert. Durch diese Aktion konnten viele Hitzeschäden der Wiener Grünanlagen verhindert werden.

Die "Rathaus-Korrespondenz" wird nach wie vor täglich zweimal erscheinen und die wichtigsten Ereignisse und Mitteilungen aus allen Sparten der Stadtverwaltung bringen.

Das "Amtsblatt der Stadt Wien" erscheint wöchentlich zweimal.

Das "Landesgesetzblatt für Wien" hat eine Auflage von 1.800 Stück, der "Antliche Wohnungstausch-Anzeiger" von 5.000 Stück. Auch der Bilderdienst der Pressestelle wird im kommenden Jahr im bisherigen Rahmen seine Arbeit fortsetzen und die in- und ausländische Presse sowie die 50 Bilderkasten mit aktuellen Fotos versorgen. Das Stenographenbüro ist ausgezeichnet organisiert und erfüllt seine Aufgaben vorbildlich.

Die Arbeit des Präsidialbüros

Im abgelaufenen Jahr fanden anlässlich von Kongressen 19, von internationalen Tagungen 23, aus verschiedenen anderen Anlässen 16 große und 31 kleinere Empfänge, insgesamt also 89 Empfänge statt, an denen 12.000 geladene Gäste teilnahmen. 800 Teilnehmer aus 62 Staaten kamen zum festlichen Empfang für die Delegierten der Generalkonferenz der Internationalen Atomenergiebehörde.

Durch Bereitstellung von Autobussen konnten viele ausländische Gruppen die neuesten Schöpfungen unserer Stadt kennenlernen.

Im Rahmen der Aktion "Österreichische Jugend lernt die Bundeshauptstadt Wien kennen" machten 6.200 Jugendliche aus allen Bundesländern eine Rundfahrt durch das neue Wien.

Abschließend dankte Stadtrat Afritsch allen Angehörigen der Wiener Feuerwehr, den Beamten seiner Geschäftsgruppe und den Mitgliedern des zuständigen Gemeinderatsausschusses für die geleistete Arbeit und ersuchte den Gemeinderat, den Ansätzen des 11. Hauptstückes die Zustimmung zu geben (Allgemeiner Beifall).

Debatte über Allgemeine Verwaltung

GR. Hausner (VO) begrüßt die Bemühungen der Stadtverwaltung um die Grundeinkäufe, gibt zugleich aber seinem Bedauern Ausdruck, daß durch den immer stärker in Erscheinung tretenden Mangel an Bauland diese Einkäufe erschwert sind. Er beschäftigt sich dann mit einigen Problemen der Grunderwerbung und verweist darauf, daß vor allem die bauwilligen Siedler mangels Widmungen seitens der Stadtverwaltung in ihrem Hunger nach Bauland nicht befriedigt werden können.

Der Redner bezeichnet es als einen Fehler, daß die Abtrennung der ehemaligen Randgemeinden auf administrativem Wege durchgeführt wurde, ohne der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung zu sagen. Es ist auf die Dauer unvorstellbar, daß wichtige Einrichtungen der Stadt, wie etwa der Flughafen in Schwechat, außerhalb der Stadtgrenzen verbleiben. Er spricht sich für eine weitere Demokratisierung der Bezirksvertretungen aus und regt an, man möge sich auch für die Einführung der Volksabstimmung einsetzen.

Zum Verbot der Betriebsaktionen meint er, daß dieses Verbot zu weit gehe und es den Betrieben ermöglicht werden sollte, gewisse Verbrauchsgüter für die Angehörigen der Belegschaft billiger beschaffen zu können. **Es wäre zu begrüßen, würden im Amtsblatt der Stadt Wien die Beantwortungen von Anträgen veröffentlicht werden.** Er erhebt Einspruch gegen die Einstellung der im Gemeinderat beschlossenen Verteilung von Buchspenden an Brautpaare.

Der technische Fortschritt habe die Tätigkeit der Feuerwehr eher erschwert als erleichtert. Der Redner ist der Meinung, man sollte die Verdienste der Feuerwehrmänner nicht nur durch die Verleihung von Auszeichnungen belohnen. Die Abgeltung der Mehrleistungen, wie sie die Angehörigen der Feuerwehr verlangen, müßte auf irgend eine Art möglich sein, eventuell auch durch Vermehrung der Urlaubstage. Seine Fraktion werde den Ansätzen der Geschäftsgruppe XI zustimmen.

GR. Bittner (ÖVP) stellt fest, daß die Ansätze dieser Gruppe für 1958 fast gleich sind wie die im heurigen Jahr. Eine gewisse Erhöhung haben die Präsidialausgaben erfahren, doch ist diese zweifellos berechtigt. Wenn Wien eine Fremdenverkehrs- und Kongreßstadt sein will, muß es auch repräsentieren.

Als begrüßenswert bezeichnet es der Redner, daß man seiner Anregung und dem Drängen seiner Fraktion gefolgt ist und im März dieses Jahres die Ausgabe des Brautbuches durch die Standesämter eingestellt hat. Im Zusammenhang mit dem Kapitel Bevölkerungswesen müsse er die Ausführungen von Stadtrat Thaller korregieren, der gestern von einem Haus auf der Seilerstätte gesprochen hat, dessen 31 Mieter alles Ausländer sein sollen. Tatsache sei, daß kein einziger von ihnen Ausländer ist. Stadtrat Thaller muß hier falsch informiert worden sein.

Auf dem Gebiete des Gewerbewesens ist die Arbeit der Beamten stets korrekt erfolgt. Leider gibt es aber in unserer Stadt immer wieder unbefugte Gewerbeausübende, die nicht geduldet werden dürfen. Auch bei den sogenannten "Prackern" müßte darauf geachtet werden, daß sie nur entsprechend der Gewerbeordnung inländisches Obst verkaufen.

Für Grundankäufe sind im kommenden Jahr 85 Millionen Schilling vorgesehen. Es ist zu begrüßen, daß die Gemeinde Wien die notwendigen Gründe erwirbt, es sollen jedoch im vermehrten Ausmaß Gründe zur Schaffung von Parkplätzen angekauft werden. Gute Arbeit hat auch die Abteilung Statistik geleistet. Ihre Zählungen und Untersuchungen geben laufend Überblick über die Ereignisse in unserer Stadt. Wenn die Statistik nicht trügt, können wir auch das Ende der unheilvollen Epoche der Ein- oder Keinkinder-Ehe verzeichnen.

Bei der Feuerwehr der Stadt Wien wäre es wünschenswert, die Personalpolitik nicht nach politischen Gesichtspunkten zu führen. Dringend der Lösung bedarf auch die Frage des Offiziersnachwuchses bei der Feuerwehr. Die sehr beengten Mannschaftsräume in der Zentrale Am Hof müßten vergrößert werden. Der Redner ersucht den Stadtrat, für die Erneuerung des überalterten Fahrparks bei der Feuerwehr einen systematischen Modernisierungsplan zu schaffen. Die Aufgaben der Feuerwehr werden immer größer und sie müßte zur Bewältigung dieser auch entsprechend ausgerüstet sein.

Als dringend notwendig bezeichnet GR. Bittner eine Reform in der Gesetzgebung und Verfassung der Stadt Wien. Die Verfassung stammt aus einer Zeit, in der man eine andere Einstellung zur Demokratie hatte.

Als begrüßenswert bezeichnet der Redner, daß sich die Pressestelle im heurigen Jahr bei der Auswahl der Bilder für die Schaukästen und des Amtsblattes größerer Objektivität als bisher befleißigt hat.

Abschließend richtet GR. Bittner an Stadtrat Afritsch die Bitte, den Mitgliedern des Ausschusses XI mehr Einblick in die Tätigkeit der Verwaltung dieser Stadt zu geben. Die Zusammenarbeit innerhalb des Ausschusses kann bestimmt als eine gedeihliche bezeichnet werden.

GR. Fürstenhofer (SPÖ) stellt fest, daß die Tätigkeit dieser Gruppe in der Öffentlichkeit nicht sehr in Erscheinung tritt. Trotzdem steht sie mit ihren Ansätzen fast an der Spitze. Die Sozialisten stimmen diesen Ansätzen jedoch immer gerne zu, weil sie der Meinung sind, daß gerade diese Beträge dazu beitragen, daß Wien als Großstadt und Weltstadt internationale Bedeutung erhält. Die Präsidialausgaben sollen zur Hebung des Ansehens unserer

Stadt beitragen. Die bereitgestellten 50 Millionen Schilling für Grundankäufe sind absolut notwendig, wenn wir in der Gestaltung unseres Stadtbildes vorwärtsschreiten wollen. Schwierigkeiten sind der Stadtverwaltung durch das Gebietsabtrennungsgesetz erwachsen, braucht eine Großstadt doch Raum, auf den sie sich ausdehnen kann. Er appelliert in diesem Zusammenhang an die ÖVP, im Niederösterreichischen Landtag der Randgemeindenfrage etwas größeres Verständnis als bisher entgegenzubringen.

Im Zusammenhang mit dem NS-Amnestiegesetz weist der Redner darauf hin, daß entgegen der Ankündigung von Nationalrat Polcar bis 30. September 1957 insgesamt nur 652 Ansuchen auf Rückgabe von Kleingärten gestellt wurden, das sind kaum 10 Prozent jener Summe, von der man gesprochen hat. Von den Ansuchen wurden 415 positiv erledigt, 230 mußten negativ beantwortet werden, da es sich um Leute handelte, die im Jahre 1938 Arisierungen vorgenommen hatten. 7 Ansuchen sind noch offen.

Der Redner bedauert, daß die neue Kleingartenordnung noch nicht beschlossen werden konnte. Die alte Ordnung, die aus der autoritären Zeit stammt, weist verschiedene Bestimmungen auf, die dem Gedanken des Kleingartenwesens zuwiderlaufen. Gemeinderat Fürstenhofer erhebt daher die Forderung nach einer neuen, den modernen Ansprüchen Rechnung tragenden Kleingartenordnung.

Im Namen seiner Fraktion versichert der Redner, daß die Sozialisten an der Feuerwehr - wie die Ansätze des Budgets zeigen - besonders Interesse haben. Die Wiener Feuerwehr funktioniert nicht nur bei kleinen alltäglichen Hilfeleistungen, sondern auch bei Großbränden, wie sie sich leider im abgelaufenen Jahr in Wien ereignet haben. Der Redner dankte den Feuerwehrleuten für ihre erfolgreiche Tätigkeit (Beifall bei der SPÖ). Eine Feuerwehr wie die in Wien wird man in Europa kaum finden. Er sei überzeugt, daß allen notwendigen Erneuerungswünschen Rechnung getragen werde.

Zum Schluß wandte sich GR. Fürstenhofer dagegen, daß so viele völlig sinnlose Prozesse gegen die Gemeinde Wien geführt würden. So hat zum Beispiel ein Jugoslawe die Stadtverwaltung geklagt, sie möge jene Kommunalanleihe, die 1910 aufgelegt worden war, nun valorisiert zurückgeben.

Der Mann hat natürlich den Prozeß verloren, aber die Gemeinde mußte die Prozeßkosten tragen. Jeder Schilling, der hier ausgegeben wird, könnte besseren Zwecken zugeführt werden.

Abschließend gab der Redner unter dem Beifall seiner Fraktionskollegen die Zustimmung zu den Ansätzen des XI. Hauptstückes.

Stadtrat Afritsch verweist in seinem Schlußwort in Beantwortung der Anfragen nochmals auf die dringende Notwendigkeit eines Bodenbeschaffungsgesetzes. Er meint, daß sehr oft über Gründe gesprochen wird, die die Gemeinde gekauft hat, seltener aber über solche Grundstücke, die sie nicht erwerben konnte. Zur Anfrage über die Randgebiete erklärt der Referent, die Stadt Wien würde zu jeder Zeit eine Aussprache mit Niederösterreich über gewisse Grenzvereinigungen begrüßen (Beifall bei der SPÖ). Was die Mängel bei der Einberufung der Bezirksvertretungen angeht, verspricht er, bei nächster Gelegenheit die Bezirksvorsteher an die Geschäftsordnung zu erinnern. Mit der Angelegenheit der Volksabstimmung habe man sich schon beschäftigt. Auf Grund der Erfahrungen mit dem Verbot der Betriebsaktionen kann gesagt werden, daß sich diese Maßnahme nicht ungünstig ausgewirkt hat.

Er freue sich über die aner kennenden Worte des GR. Bittner für die Arbeit des Statistischen Amtes. Die Stadtverwaltung legt großen Wert auf eine gute Arbeit der Statistiker. Stadtrat Afritsch spricht in diesem Zusammenhang dem in den Ruhestand getretenen Leiter des Statistischen Amtes, Senatsrat Dr. Pospischil, seinen Dank aus. Zugleich dankt er den in den letzten Monaten in den Ruhestand getretenen leitenden Beamten seiner Geschäftsgruppe Senatsrat Knauer, Branddirektor Dipl.-Ing. Prießnitz und Senatsrat Halbmayer für ihre erspriessliche Tätigkeit. Er gibt dabei der Genugtuung Ausdruck, daß für diese hervorragenden Beamten gute Nachfolger gefunden werden konnten (Beifall SPÖ, ÖVP und VO).

Zum Kapitel Feuerwehr sagt der Berichterstatter, daß ihre technische Ausrüstung gewiß sehr viel Geld kostet, die Stadtverwaltung sich aber darüber hinaus auch um die Verbesserung der sozialen Einrichtungen ernsthaft bemüht. Er verweist darauf, daß jeder Feuerwehrmann im Monat einen freien Tag bekommt, was praktisch eine Vermehrung des Urlaubes um 12 Tage im Jahr bedeutet.

Er müsse auch der Feststellung beipflichten, daß sich bei der Feuerwehr im Zusammenhang ihrer Technisierung ein Mangel an Ingenieuren und Technikern bemerkbar macht.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe XI einstimmig genehmigt.

GR. Gratzl (SPÖ) berichtet dann über die Weihnachtspaketaktion für Dauerbefürsorgte der Stadt Wien, für die von Wohlfahrtsamt 317.000 Schilling bereitgestellt wurden. Als Debatteredner meldet sich GR. Dr. Fiedler (ÖVP), der sich dagegen ausspricht, daß zur Offertstellung neben einigen Großfirmen der Lebensmittelgroßhandel nicht eingeladen wurde, der, wie man den Debatteredner informierte, die Zusammenstellung und Paketierung der Weihnachtspakete um 35 Groschen pro Stück billiger durchgeführt hätte.

GR. Gratzl verweist in seinem Schlußwort darauf, daß die Weihnachtspaketaktion für Dauerbefürsorgte sowie auch die Art ihrer Durchführung seinerzeit in Gemeinderatsausschuß für Wohlfahrtswesen einstimmig, also auch mit den Stimmen der ÖVP, beschlossen worden ist. Man habe sich für das günstigste Offert entschlossen, und zwar nach dem Grundsatz, daß man bei der Verteilung öffentlicher Mittel besonders sauber und sparsam vorgehen müsse (Beifall bei SPÖ). Der Antrag wurde dann einstimmig angenommen.

Wie der Vorsitzende GR. Sigmund am Schluß der heutigen Sitzung mitteilt, werden die Budgetberatungen morgen, Freitag, um 9 Uhr früh, mit "Bilanz und Bedeckung" fortgesetzt.

Dieser Abschnitt wird voraussichtlich nur eine Viertelstunde dauern. Anschließend werden die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen beraten.

- - -

Alser Straße wieder befahrbar
=====

19. Dezember (RK) Nach Beendigung der Straßenbauarbeiten wird ab morgen die Alser Straße an der Kreuzung Lange Gasse - Spitalgasse wieder für den Verkehr freigegeben.

- - -

Rindernachmarkt vom 19. Dezember
=====

19. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 22 Ochsen, 8 Stiere, 23 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 56. Neuzufuhren Inland: 2 Ochsen, 4 Stiere, 45 Kühe, 1 Kalbin, Summe 52. Gesamtauftrieb: 24 Ochsen, 12 Stiere, 68 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 108. Verkauft: 15 Ochsen, 9 Stiere, 16 Kühe, 1 Kalbin, Summe 41. Unverkauft: 9 Ochsen, 3 Stiere, 52 Kühe, 3 Kalbinnen, Summe 67.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Schweinenachmarkt vom 19. Dezember
=====

19. Dezember (RK) Neuzufuhren: 501, Verkauft alle. Der Durchschnittspreis für Inlandschweine erhöhte sich im Vergleich zum Markt vom 17. Dezember um 31 Groschen.

- - -